

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Gelt.) Zeile oder deren Äquivalent mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung des Textes mit 10 Pf. pro Zeile. Kleinanzeigen werden nach Vereinbarung berechnet. Anzeigen für die Spangenberg Zeitung werden nach Vereinbarung berechnet. Anzeigen für die Spangenberg Zeitung werden nach Vereinbarung berechnet.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 88 Sonntag, den 24. Juli 1932. 25. Jahrgang.

Deutsche Schluß-Erklärung

Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen ist der entscheidende Grundsatz des Völkerbundes

Von Woche zu Woche

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die deutsche Politik wurde in der letzten Woche be-
trachtet von den Ereignissen in Preußen. Nachdem in
Preußen Reichstanzler von Papen sein Amt als Reichs-
minister für Preußen angetreten hat und die bisherigen
Minister ihrer Ämter enthoben worden sind, haben
die Maßnahmen des Reiches mit der Verlegung einer
Sitzung von Staatssekretären, Ober- und Regierungsprä-
sidenten sowie Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren in
den Ruhestand ihren Abschluß gefunden.

Wie amtlich mitgeteilt wird, werden etwaige weitere
Maßnahmen von dem Bevollmächtigten des Reichstanzlers,
dem Generaloberbürgermeister Dr. Bracht, in die Wege geleit-
et werden. Eine endgültige Neuorganisation der verwaisten Mi-
nisterien, die vorläufig von Staatssekretären verwaltet wer-
den, ist noch derzeit nicht beabsichtigt.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die Reichsmaßnahmen
in Preußen die einen dramatischen Verlauf nahmen,
welchen Aufsehen erregten, zumal als nach der Weigerung
der preussischen Minister, die Geschäfte abzugeben, über Ber-
lin und die Provinz Brandenburg der Versuch gemacht wurde,
den Reichstanzler zum Reichstanzler zu ernennen. In Preußen
wurde. Insbesondere interessieren sich die Regierungen
der deutschen Länder für die Ereignisse in Preußen, wo-
bei die bayerische und die badische Regierung die Befürch-
tung äußerten, die Reichsmaßnahmen könnten die Existenz-
grundlage der deutschen Länder gefährden. Aus dieser Ein-
stellung heraus haben sich Bayern und Baden inzwischen mit
einem Klageantrag an den Staatsgerichtshof für das
Deutsche Reich gewandt.

Der erste Termin vor dem Staatsgerichtshof
findet am heutigen Sonnabend statt, und zwar handelt es
sich hierbei um den von der alten Preussener Regierung gestell-
ten Antrag auf Erlass einer Einzelfallentscheidung, durch
die die Reichsregierung weitere Maßnahmen in Preußen
unterlagert werden sollen. Zu gleicher Zeit findet in Stutt-
gart eine Konferenz der Ministerpräsidenten
der deutschen Länder statt, zu der Reichstanzler
von Papen eingeladen hat, um Gelegenheit für eine allge-
meine Aussprache über die neue Lage zu geben.

In der Öffentlichkeit sind die Ereignisse in Preußen
schon aufgenommen worden. In den Kreisen der Rechten,
insbesondere bei den Nationalsozialisten und den Deutsch-
nationalen, sprach man bereits seit langem von einem Not-
stand in Preußen, wie auch vor kurzem der Präsident des
Preussischen Landtages, Kroll, in einem Schreiben an den
Reichstanzler die Einsetzung eines Reichskommissars gefordert hat.
Man ist daher in diesen Kreisen von dem Eintritt des Reichs-
notstands nicht überrascht, betrachtet ihn vielmehr als einen ersten
Schritt. Scharf ablehnend äußerten sich dagegen das Zentrum,
die Staatspartei, die Sozialdemokraten und die Kommu-
nisten. Um übrigen bemerkte man auf beiden Seiten
das Bestreben, die Stellungnahme auf den 31. Juli, den
Tag der Neuwahl des Reichstags, zu verschieben. Damit
ist die Reichstagswahl zu einer politischen Kraftprobe
ersten Ranges geworden.

So sehr nun die innerpolitischen Ereignisse die deutsche
Außenpolitik fesseln, so dringend notwendig ist es an-
zuerkennen auch, die Entwicklung der internationalen Politik
nachdem zu beobachten. Im Vordergrund steht hier der
Schlußkampf im Hauptausfluß der Ab-
schlußkonferenz, in dem sich endgültig herausge-
bildet hat, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechti-
gung nur in hartem Kampf durchgesetzt werden kann. Hat
die Abrüstungskonferenz es nicht für notwendig erachtet,
bereits im ersten Abschnitt der Verhandlungen — der im-
merhin fünf Monate umfaßte — diese für das Schicksal der
Abrüstung ausschlaggebende Frage zu klären, dann ist es
eigentlich Selbstverständlichkeit, daß die Beteiligung Deutsch-
lands an den Konferenzarbeiten nach Beendigung der lan-
gen Ferien nur dann in Frage kommen kann, wenn die
Voraussetzungen zu einer deutschen Gleichberechtigungsför-
derung uneingeschränkt anerkannt haben.

Erstlich war, daß auch der neue Führer der italieni-
schen Abordnung, Luftfahrtminister Balbo, im Verlaufe
der Aussprache scharfe Worte gegen den Entschluß des
Völkerbundes, das sich dem italienischen Außenminister Benito
Mussolini zuwenden, daß die Abrüstungskonferenz völlig ver-
fehlt hat. Erklärungen des guten Willens und Richtlinien für
die Abrüstungsbewegung in dieser oder jener Kategorie, die
entweder sich nicht im Rahmen, haben zummindest in einem Do-
kument nichts zu suchen, das als Abschluß einer fünf-
monatigen Verhandlung gedacht ist. Hier sind denn doch
Grundsätze notwendig, die praktische Folgen haben. Wenn

man dazu in Genf noch nicht gekommen ist, dann haben
eben die Abrüstungsdelegationen ihre Zeit nutzlos vergeu-
det. Wir aber haben keine Veranlassung, diesen Mißerfolg
zu verheimlichen, sondern wir wollen die Dinge beim rich-
tigen Namen nennen in der Bewußtheit, daß die zweite
Etappe der Abrüstungskonferenz nur dann noch zu einem
Erfolg führen kann, wenn die Genfer Arbeitsmethoden
grundlegend umgestaltet werden.

Inwieweit die schärfere Stellungnahme Italiens mit
der Umbildung des Ministeriums Musso-
lini, wie sie in den letzten Tagen erfolgt ist, in Verbindung
gebracht werden kann, muß dahingestellt bleiben. An sich
kennt der italienische Faschismus seit jeher so etwas wie
eine „Wanderung der Aemter“, d. h. die Neuorganisation der
Ministerien ohne äußeren Anlaß und lediglich in dem Be-
streben, frische Kräfte ans Ruder zu bringen. Die letzte
Umbildung der italienischen Regierung, bei der fünf Mi-
nister und elf Unterstaatssekretäre ausgetauscht und zwei
Minister und zehn Unterstaatssekretäre neu in das Kabinett
eingetreten sind, untersteht sich daher dadurch grund-
legend von früheren Umgruppierungen, daß diesmal eine
weitgehende Machtkonzentration in der Hand
Mussolinis erfolgt ist. Verwaltet doch der Chef der
italienischen Regierung fortan im Nebenamt auch noch das
Außenministerium, das Innenministerium und das wirt-
schaftlich bedeutsame Korporationsministerium.

Ein politischer Systemwechsel wird damit kaum beab-
sichtigt sein, denn der bisherige Außenminister, Grandi,
geht als Vorkämpfer nach London, erfreut sich also weiterhin
des Vertrauens des Ministerpräsidenten. Wenn aber ein
Systemwechsel nicht erfolgen wird, bedeutet die Umgruppie-
rung dann darauf hin, daß Mussolini verstärkte Aktivität
in der Gesamtpolitik entfalten wird?

Deutsche Schluß-Erklärung

Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen
ist der entscheidende Grundsatz des Völkerbundes.

— Genf, 23. Juli.

Der Hauptausfluß der Abrüstungskonferenz führte die
Aussprache über den Entschluß des Völkerbundes, das sich
dem italienischen Außenminister Benito Mussolini zuwenden,
meldete sich der deutsche Vorkämpfer Adolphe
Wort und gab folgende Erklärung der Reichsregierung ab:

„Die deutsche Regierung ist bereit, auch weiter an den
Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, um mit
aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8
des Völkerbundes eine wirklich entscheidende Schritt
in der Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan wird.
Namens der deutschen Regierung muß ich aber heute aus-
sprechen, daß ihre Mitarbeit nur möglich ist, wenn die weite-
ren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zwei-
seitigen Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen
erfolgen. Die Gleichberechtigung der Nationen ist der ent-
scheidende Grundsatz des Völkerbundes ebenso wie der
Staatsgemeinschaft überhaupt.“

Mit dem Gesicht nationaler Ehre und internationaler
Gerechtigkeit wäre es nicht vereinbar, wenn die Konferenz
die Regeln und Grundsätze für die allgemeine Abrüstung
der Staaten festlegen wollte, aber gleichzeitig Deutschland
oder andere Staaten an diesen allgemeinen Regeln und
Grundsätzen nicht teilnehmen ließe, sondern irgendeinen
Staat einem diskriminierenden Ausnahmeregime unterwer-
fen würde.

Das würde die vertraglichen Ansprüche verletzen, die
Deutschland zuzurechnen und auf die es unter keinen Um-
ständen verzichten kann. Die deutsche Regierung muß zu
ihrem tiefen Bedauern feststellen, daß die vorliegende
Entscheidung diesem Standpunkt keine Rechnung trägt.
Sie hat aus der Arbeit des verflochtenen ersten
Abschnitts der Konferenz, besonders aus den Helpe-
rungen der letzten Tage, vielmehr entnehmen müssen, daß
diese notwendige Voraussetzung noch nicht von allen Re-
gierungen verstanden und anerkannt wird. Die deutsche Re-
gierung hält es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit
über eine Grundfrage des ganzen Abrüstungsproblems er-
prießliche Arbeit geleistet werden kann. Sie muß deshalb
darauf bestehen, daß diese Zweifel beseitigt werden,
daß die Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen
Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmun-
gen der Übereinkunft ohne weiteren Verzug der Anerken-
nung gelangt.

Somit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwen-
dung des Grundsatzes der Gleichberechtigung ergeben, der
Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen
Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit.

Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf
hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht

stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für
Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn
der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.“

Nach der Verlesung dieser Erklärung fügte Vorkämpfer
Adolphe Wort hinzu: Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß
die Voraussetzung, von der Deutschland seine weitere Hal-
tung abhängig machen muß, bald erfüllt sein wird, und daß
wir gemeinsam mit Ihnen in die zweite Phase der Konfe-
renz werden eintreten können, von der ich hoffe, daß sie
ergebnisreicher sein wird als die erste und daß sie uns ans
Ziel bringen wird.

Adolphe rechnet ab

„Interessieren wurde die deutsche Regierungserklärung
noch, durch eine längere Rede des Delegationsführers, Vor-
kämpfer Adolphe Wort, führte dabei aus:

Für die auf Grund der Friedensverträge entwaffne-
ten Staaten ist diese Konferenz eine Abkühlung. Nur geht es
auf ihr nicht um ihre eigene Abkühlung. Für diese Staaten
handelt es sich vielmehr darum, daß ihre Abrüstung die
allgemeine Abrüstung folgt und daß die allgemeine Abrüstung
mit dem Zustand ihrer eigenen Abrüstung in Einklang
gebracht wird. Aus dieser Lage ergeben sich die Forderungen
der entwaffneten Staaten: Herabsetzung der Rüstungen auf
einen möglichst niedrigen Stand und Rechtsgleichheit,
das heißt, der

Erlass des gegenwärtigen Zustandes aller Abrüstung
Stufen durch das in gleicher Weise auf alle Länder an-
zuwendende Regime des Artikels 8 des Völkerbundes-
satzung.

Die Verallgemeinerung der uns auferlegten Abrüstung
sollte eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes sein. So
ist es uns im Jahre 1919 versprochen worden. Heute schrei-
ben wir 1932! Niemand hat bestritten können, daß das
deutsche Volk während dieser Zeit die größte Geduld und
die größte Mühsamkeit an den Tag gelegt hat

Von unserer Seite war schon für den Entschluß zur
Teilnahme an dieser Konferenz viel guter Wille und viel
Anstrengung, nachdem der Vorbereitung der Abrüstungs-
konferenz den Artikel 53 des Völkerbundesentwurfes an-
genommen hatte, der Deutschland die Gleichberechtigung ver-
weigert und der das ihm durch die Entwaffnungsbestimmun-
gen des Versailles-Vertrages auferlegte Ausnahmeregime
gegenüber der ganzen Welt verewigen will.

Die Konferenz ist an einem wesentlichen Wendepunkt
angelangt. Monatlang haben die Völker der ganzen
Welt voll Staunen das merkwürdige Schauspiel unserer
Arbeit verfolgt, ohne das geringste greifbare Ergebnis
wahrnehmen zu können.“

In seiner weiteren Ausführungen begrüßte Vorkämpfer
Adolphe Wort die Vorschläge Hoovers sowie Italiens und kriti-
sierte danach eingehend die Unzulänglichkeiten des zur De-
batte gestellten Entwurfesentwurfes, um fortzuführen:

Die deutsche Abordnung ist nicht in der Lage, die Ent-
scheidung vom Gesichtspunkt der in ihr vorgelegenen Ab-
rüstungsmaßnahmen als befriedigend anzusehen. Trotz die-
ser schwerwiegenden Einwände hätte sich die deutsche Ab-
ordnung vielleicht, in der Hoffnung, daß andere energische
Anstrengungen im zweiten Teil der Konferenz folgen wür-
den, mit einer einfachen Stimmhaltung begnügt, oder
die Entscheidung möglicherweise unter gewissen Vorbehal-
ten annehmen können, wenn sie jenen Grundsat aner-
kennen würde, ohne den kein Ergebnis dieser Konferenz für
Deutschland annehmbar ist, nämlich den Grundsatz der
Gleichberechtigung. Wir haben bisher an den Arbeiten der
Konferenz unter der Voraussetzung teilgenommen, daß diese
Gleichberechtigung anerkannt würde. Jetzt ist jedoch der
Zeitpunkt gekommen, wo sich die Konferenz über diesen
Grundsatz und seine praktische Anwendung aussprechen
muß, und zwar aus folgenden Gründen:

Bisher befanden wir uns im vorbereitenden Stadium
der Konferenz. Eine materielle Entscheidung war bisher
nicht getroffen. Die Entscheidung bedeutet dagegen ein
erstes materielles Ergebnis und enthält Festlegungen, aus
denen sich mit voller Klarheit ergibt, daß die allgemeine Ab-
rüstung nicht nach dem Vorbild unserer eigenen Abrüstung
gestaltet werden soll. Sie enthält außerdem gewisse Bestim-
mungen, die uns neue Verpflichtungen auferlegen würden,
die wir bisher nicht zu tragen haben.

Dadurch wird eine rasche Entscheidung über den
Grundsatz der Gleichberechtigung ganz von selbst dringend
notwendig. Ich habe mich zu sofortigen Verhandlungen über
die Anwendung des Grundsatzes bereit erklärt und eine
Formel vorgeschlagen, die dem Geist und Buchstaben des
Artikels 8 des Völkerbundesentwurfes entspricht. In dessen haben
wir, anstatt allgemeine Zustimmung zu finden, zu unserem

großen Bedauern feststellen mußten, daß sich darüber keine einstimmige Einigung erzielen ließ. Sie wissen andererseits alle, daß Deutschland niemals eine Unterdrückung unter ein Volk kommen wird können, das nicht auf dem Grundlag der Gleichberechtigung beruht. Auf diesen Grundlag können wir nicht verzichten.

Die Anerkennung und Anwendung der Gleichberechtigung ist im übrigen heute nicht nur eine Forderung, die wir stellen, sondern eine solche der ganzen Welt. Keinerlei Entscheidung hinsichtlich der allgemeinen Abklärung ist für uns annehmbar ohne die Anerkennung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung. Unter diesen Umständen ist es uns trotz aller besten Willens leider nicht möglich, die Entscheidung auszuweichen.

Folgen politischer Sehe

Der Schuß auf den Reichsbankpräsidenten.

— Berlin, 23. Juli.

In seinem Plädoyer gegen die beiden wegen des Attentats auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther angeklagten Dr. Roosen und Kertcher erklärte der Oberstaatsanwalt, daß er sich lange überlegt habe, ob er nicht gegen Dr. Roosen den Antrag stellen solle, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Wenn er es schließlich nicht getan habe, so deshalb, weil sich Dr. Roosen in scharfsinniger Weise verteidigt habe. Was das Strafmaß anbelange, so sei gemäß der Verlegung, die Reichsbankpräsident Dr. Luther erlitten habe, gering gewesen.

Aber Dr. Roosen habe sich sagen müssen, daß die kleinste Abstrichung der Kugel eine schwere, vielleicht tödliche Verletzung zur Folge hätte haben können. In Deutschland gefährdeten politisch verhetzte Menschen die Staatsicherheit. Um so härter wären gegen solche Menschen, wie diese beiden Attentäter verantwortlich für ihre Taten zu machen.

Das Gericht habe als wahr unterstellt, daß die beiden die Geldpolitik der Reichsbank für unrichtig angesehen hätten, und man könne auch sagen, daß ihr Kampf gegen den Reichsbankpräsidenten zunächst aus lauterer Eitelung erfolgt sei. Gemein sei ihre Handlungsweise dann geworden, als sie zur Waffe gegriffen hätten. Es ginge nicht an, daß in einem Rechtsstaat der vermeintlich im Recht befindliche die Waffe in die Hand nehme, um gegen die von ihm angegriffenen Staatsmänner sein Recht auf diese Weise geltend zu machen.

Die Strafanträge.

Der Anklagevertreiter beantragte gegen den früheren Rechtsanwalt Dr. Max Roosen wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schutzgesetz und Vergehen gegen die Unterordnung drei Jahre Gefängnis; gegen den Volkswirt Werner Kertcher eine Strafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Außerdem wurde dem Oberstaatsanwalt die Wiederinhabnahme der beiden Angeklagten und die Aufrechterhaltung der Haftbefehle beantragt.

Heimannsberg erneut verhaftet

Mit Polizeimajor Ende und dem Reichsbannermitglied Carlberg in die Militärarrestanstalt übergeführt. — Verhör in Moabit.

— Berlin, 23. Juli.

Der ehemalige Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, der bereits nach seiner Weigerung, die Geschäfte abzugeben, vorübergehend verhaftet worden war, ist erneut in Haft genommen worden. Gleichzeitig wurden der Leiter der Abteilung IIa beim Kommando der Schutzpolizei, Polizeimajor Ende, und der Kaufmann Carlberg, der Führer der Reichsbanner-Ortsgruppe Charlottenburg, verhaftet. Die Verhafteten wurden in die Militärarrestanstalt Moabit übergeführt und eingehend vernommen.

Wie verlautet, steht Polizeioberst Heimannsberg in dem Verdacht einer Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli. Gerüchte belangen, Heimannsberg habe entgegen seiner Zusage, sich jeder Dienstleistung zu enthalten, doch wieder dienstliche Handlungen vorgenommen.

Die Verhaftung des Polizeiobersten Heimannsberg erfolgte gegen 4 Uhr früh in der in der Apostel-Paulus-Straße in Schöneberg gelegenen Wohnung und wurde von

Reichswehrpolizisten, die unter dem Kommando des Hauptmanns Hauff standen, ausgeführt. Hauptmann Hauff wies einen Halbeschlager des Generalleutnants von Rundstedt vor und forderte Heimannsberg auf, sich anzulegen und mitzugehen. Heimannsberg wurde Polizeimajor Ende, der in dem gleichen Hause wohnte, gewarnt und verhaftet. Heimannsberg und Ende wurden dann in den vor dem Hause wartenden Kraftwagen geleitet und sofort nach Moabit abtransportiert.

Das Verfahren gegen Grzesinski und Weis

Das Verfahren gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und gegen den Vizepräsidenten Dr. Weis wird voraussichtlich vor dem ordentlichen Schöffengericht Berlin-Mitte stattfinden.

In bezug auf Grzesinski sind rechtliche Zweifel aufgelaufen, ob er nicht durch seine Immunität als Bundtagsabgeordneter geschützt ist. Es handelt sich um die beiden Fragen, ob Grzesinski auf frischer Tat festgenommen worden ist, und wenn diese Voraussetzung vorliegt, ob die Immunität durch seine Haftentlassung wiederhergestellt ist. Während die letzte Frage bereits dahin gefaßt worden ist, daß ein auf frischer Tat Festgenommenener seiner Immunität auch weiterhin verlustig bleibt, wenn er sich wieder auf freiem Fuß befindet, muß noch eingehend geprüft werden, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Festnahme Grzesinskis erfolgte. Sollte er festgenommen worden sein, dann handelte es sich um eine Festnahme auf frischer Tat, anders liegt die Situation, wenn die Festnahme erfolgt wäre, um weitere Umhandlungen zu verhindern. In diesem Falle müßte erst beim Preussischen Landtag die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Grzesinski nachgeprüft werden.

„Rote Fahne“ auf 5 Tage verboten

Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Kommunisten, die wegen der noch anhaltenden Befehle der City-Druckerei als Notausgabe erschienen war, wurde beschlagnahmt und auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Alle Ministerien übergeben

Die Neubefehle der verwaisten Ämter. — Geschäftsänderung im Berliner Polizeipräsidium.

Nachdem nunmehr auch der bisherige stellvertretende preussische Ministerpräsident Hirschler seine Geschäfte abgegeben hat, sind damit sämtliche preussischen Ministerien an die durch den Reichskommissar mit der kommissarischen Verwaltung beauftragten Persönlichkeiten übergeben worden. Die Geschäfte des bisher von Minister Hirschler geleiteten Wohlfahrtsministeriums übernahm Staatssekretär Dr. Scheib.

Ueber die Frage der Nachfolge für die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden. Fest steht nur, daß die Neubefehle in erster Linie unter dem Gesichtspunkt finanzieller Einsparungen vorgenommen werden sollen. Die Gelegenheit soll also benutzt werden, um die geplante innerpreussische Verwaltungsreform ein gutes Stück vorwärtszubringen.

Für die Übergangszeit dürften zunächst die Vizepräsidenten die Aufgaben der in den Ruhestand versetzten Präsidenten übernehmen. Es ist möglich, daß überall dort, wo der Oberpräsident ausgeschieden ist, und ein Regierungspräsident am gleichen Ort ist, dieser auch das Oberpräsidium übernimmt bezw. umgekehrt.

Von den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Ober- und Regierungspräsidenten sind inzwischen mehrere Schreiben beim Reichsfiskus eingegangen, mit denen Rechtsverwahrung eingelegt wird.

Auf Anordnung des kommissarischen preussischen Ministers des Innern hat der neuernannte Berliner Polizeipräsident einige Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb seiner Verwaltung angeordnet. In der politischen Abteilung ist festgestellt, daß die Bearbeitung der sogenannten „radikalen Linksbewegung“ in der Hand von Degenern liegt, die in ihrer politischen Überzeugung sich von dieser Bewegung klar abheben. In der Abteilung IV, in der u. a. auch kulturelle Angelegenheiten bearbeitet werden, sollen in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Degenern bearbeitet werden, die für ihre Person positiv auf dem Boden christlicher Weltanschauung und Kulturauffassung stehen.

fame, unerbittliche Wort. Sie wollte nicht abtreten. Noch lockte das Leben, noch brannte das Blut.

Alle Falsen, aller Wille, jeder Gedanke drängte Rainer zu. Sie hatte um ihn gekämpft, wollte ihn wiedergewinnen und besitzen wie einst ... vor sieben Jahren.

Aber der Mann war wie eine Mauer. Er verschmähte sie, er verachtete sie, er haßte sie vielleicht!

Sie hatte oft ob ihrer Dummheit vor Mut gebeugt. Sie hatte wie eine Verzweifelte gekämpft, um immer wieder festzustellen: Der Mann kennt keine Verführung, der Mann braucht keine Ueberwindung, um gesiegt zu sein.

„Du ... alt!“

Sie dachte an ihre Aussprache mit Rammel, dem Filmgewaltigen, der ihr unerträglich gesagt hatte, daß er nur noch in Berlin weile, um Markgraf zu einem Engagement zu bringen, und der ihr versprochen hatte, sie selbst nach Hollywood zu bringen, wenn es gelänge, Markgraf umzustimmen. Sie mußte ihn dazu zwingen! Sie mußte es!

Anfang März fragte Frau Ingrid ihren Gatten: „Wann hast du Urlaub, Rainer?“

„Weil du Spannung brauchst, Lieber! Meine Augen sehen klar! Du bist überanstrengt. Ich werde mal mit dem Intendanten reden!“

Er lachte auf und sah sie zärtlich an.

„Herr von Schulenburg ist mir wie ein Freund. Ich arbeite gern mit ihm.“

„Ja, ich verstehe es! Du bist ein Mann, den die Aufgabe reizt. Aber er soll dich nicht so sehr heranziehen.“

„Es ist doch erträglich! Sieh, ich habe ihn gebeten, mich nicht so oft mit Schürpielrollen zu betrauen. Sie strengen mich zu sehr an. Bald einen Monat habe ich keine Rolle gehabt. Daraus kannst du schon erkennen, daß er es gut meint! Aber den ganzen Juli sind Ferien, und da werden wir uns recht schöne Tage machen. Hast du schon einen Plan?“

„Ja, ich möchte nach Thüringen! Das ist nicht so weit, und es gibt da herrliche Flecken.“

„Gern. Liebling! Ich freue mich schon darauf! Mit dir und den Kindern fahr durch Wald und Feld marschieren. Die Kinder können wieder einmal toben. Das muß herrlich werden! Ich wünschte, es wäre erst Frühling! Der Winter bedrückt mich und macht mich so manches Mal unfroh. Wir feiert die Sonne!“

Termin im Staatsgerichtshof

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke führt den Vorsitz.

Leipzig, 23. Juli.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird am heutigen Sonnabend über den Antrag der Preußen-Regierung auf Erlass einer Enkeltatung gegen das Reich. Dem Spruchkollegium gehören an: die Reichsgerichtspräsidenten Triebel, Schmitz und Dr. von Mägen, Dr. Gumbel-Münden und Dr. von Siering.

Die Verhandlung findet in einem der Meinen des Reichsgerichts statt. Die Öffentlichkeit hat Zutritt zum Raum des Gerichts. Mit der Vertretung des Reichs der Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, Dr. Heimer, beauftragt; die Vertretung der preussischen Regierung hat der inzmittels gleichfalls seines Amtes entsetzte Ministerialdirektor Dr. B. d. I. Aufständiger Stelle wird mals darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in die Angelegenheit befreit. Aus Gründen der Enkeltatung aber dem seines Amtes entsetzten Ministerialdirektor die Möglichkeit gegeben, die Sache der Gegenpartei in Leipzig zu vertreten.



Die Preußenklage vor dem Reichsgericht.

Ministerialdirektor Gottheimer (links), der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor B. d. I. (rechts), Preussischer Vertreter und Reichsgerichtspräsident Bumke, der die Verhandlung leitet.

Aussprache mit den Ländern

— Stuttgart, 23. Juli.

Am heutigen Sonnabend findet in Stuttgart eine erste Aussprache der Reichsregierung mit den Länderregierungen über die innerpolitische Lage statt. Seitens der Reichsregierung nehmen an der Besprechung teil: Reichsfiskus, Papen, Reichsinnenminister von Gagel, Reichswehrminister Schaeffer und Ministerialrat Pufatz. Im Verlauf des Sonntags wird der Kanzler mit seinen Begleitern wieder in Berlin eintreffen.

Der württembergische Ministerpräsident hat zwischen ein Schreiben an den Kanzler gerichtet, in dem er mittelteil, angesichts der bereits von anderer Seite erhobenen Klage beim Staatsgerichtshof sehr Württemberg davon ab, die Bedenken zu wiederholen.

Schleicher an Schreiber

Reichswehrminister General von Schleicher hat an den Zentrumsabgeordneten Prof. Dr. Schreiber, der Schleicher in die Erörterung über den Rücktritt des Kabinetts Brining hineingezogen hatte, ein Schreiben gerichtet, dessen Kernstelle lautet:

„Es ist unrichtig, daß ich an Bestrebungen zum Sturz des Kabinetts Brining beteiligt gewesen sei. Es ist fern unrichtig, daß die Reichswehr in die Politik eingegriffen habe. Sie hat ihr Verhalten jederzeit danach eingerichtet, daß sie das überparteiliche und unpolitische Nachmittels des Herrn Reichspräsidenten ist und bleibt.“

Luther-Attentäter verurteilt

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die beiden Luther-Attentäter wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit des Vergehens gegen die Unterordnung des Reichspräsidenten zur Bestrafung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 und wegen Vergehens gegen das Schutzgesetz gegen den früheren Reichsanwalt Dr. Max Roosen zu zehn Monaten Gefängnis und den Volkswirt Werner Kertcher zu neun Monaten und zwei Wochen Gefängnis.

Mit einem Male drangen die Strahlen der Sonne, die sich durch die Wolken durchgearbeitet hatten, ins Zimmer. „Siehst du“, sagte die Frau lachend und glücklich, „die Sonne hat gehört, daß du sie gerufen hast.“

Er sah ganz still. Die Strahlen der Vorfrühlingssonne trafen ihn. Sie waren so warm und weich wie eine liebes Frauenhand.

„Wie doch ein paar Sonnenstrahlen Freude und Frieden geben können!“ dachte Frau Ingrid in ihrem Herzen, als sie das entspannte, friedvolle Anlitz des Gatten sah.

Rainer blinnte sie wieder an.

„In drei Tagen ist der Frühlingsball der Funktunde! Das ist für mich noch die letzte große Strapaze. Dann wird es besser! Ich wäre froh, wenn ich ihn erst hinter mir hätte.“

„Das glaube ich wohl! Aber du darfst es mir nicht abnehmen, wenn ich bei den Kindern bleibe.“

Er nickte ihr zu. Sie verstanden sich.

Am nächsten Tag kam ein Angestellter der Funktunde zu Rainer und reichte ihm einen Zettel.

Rainer las: „Sie werden dringend am Apparat verlangt.“

Rainer erschrak. Was war geschehen?

Er verständigte Marcelus, der die Anlage für ihn übernommen, und trat an den Apparat.

Die Schifftin meldete sich. Sie war in höchster Aufregung. „Ganz hat einen Bussturz erlitten!“

Rainer erschrak. Er war einen Augenblick seines Wortes fähig. Dann riß er sich zusammen und sagte: „Ich komme sofort zu Ihnen!“

Er kleidete sich rasch um, nahm einen Wagen und fuhr nach der Pension in der Hofstraße.

Dort fand er alles in Aufregung. Die Pensionärsbedienten rang die Hände und führte Rainer persönlich in das Krankenzimmer.

Er fand dort die Schifftin, die hysterisch schluchzte, mit dem Arzt zusammen.

Ganz lag ohne Besinnung im Bett.

„Ruhe, äußerste Ruhe, gnädige Frau!“ mahnte der Arzt.

„Nehmen Sie sich zusammen. Es ist kein leichter Fall. Bei Augenlider sind schwer angegriffen, und der Bussturz hat ihn natürlich sehr geschwächt. Wie ich schon sagte: Das ist ein drittel Jahr mindestens!“

Der Arzt gab noch ein paar Anweisungen, versprach wiederzukommen und ging.

(Fortsetzung folgt)

Der Sprecher Markgraf

Ein Funk- und Film-Roman von Wolfgang Markgraf.

Urheber-Rechtsschutz durch Verlag Oskar Meister, Werdau.

(18. Fortsetzung.)

„Sind Sie so sicher, Herr Intendant?“

„Ja, gnädige Frau!“ sagte Schulenburg fest. „Für einen Mann wie Markgraf ... sind Sie zu alt!“

Das Wort sah wie ein Peitschenhieb.

Ihr Gesicht verzerrte sich.

„Du alt ... ich danke Ihnen für das Kompliment ... und ich werde es mir merken, Herr Intendant!“

„Ganz nach Gefallen, gnädige Frau! Ich habe die Ehre!“

Die Schifftin erhob sich. „Ich werde mein Programm noch ausfüllen, dann aber.“

„Bitte sehr, gnädige Frau, die Welt weiß schon, daß Sie plötzlich erkrankt sind! Herr Kaiser an der Kasse wartet darauf, Ihnen Ihr Honorar auszuhändigen!“

„Eine Gemeinheit!“ rief sie vor Wut.

„Die kommt nicht wieder!“ sagte der Intendant befriedigt, als die Tür mit lautem Rausch ins Schloß fiel.

Frau Ricarda betrachtete sich vor dem Spiegel.

„Zu alt!“ Das Wort lag ihr im Ohr, das das harte, unerbittliche Wort.

„Zu alt!“

Sie prüfte ihr Antlitz und erschrak. Dunkle Ringe lagen unter den Augen. Kleine Fältchen, auf die sie nie geachtet hatte, entdeckte sie in ihrem Gesicht.

Ein jäher Schreden packte sie. Mit werden! Abtreten müssen! Sie, die noch einmal hochkommen wollte, die erfüllt war von einem wahrhaftigen Lebenswunder.

Was war ihr Leben bis heute gewesen? Eine endlose Kette von Enttäuschungen. Immer nur vorwärts getrieben von dem Willen: Nach oben kommen! Mühselig in der Wahl der Mittel, wenn es sein mußte, sich selbst preisgebend, nur um der Chance willen.

Rein, nein, nicht zu alt! Sie sträubte sich gegen das grau-

